

3035/J XXI.GP  
Eingelangt am:07.11.2001

### Anfrage

des Abgeordneten Dobnigg  
und GenossInnen  
an den Bundesminister für Justiz  
betreffend Justizzentrum Leoben

Der geplante Neubau des Justizzentrums Leoben ist das mit Abstand größte Bauvorhaben des Justizministeriums und ein Vorzeigeprojekt für den gesamten EU - Raum. Es wird vom Bundesministerium laut dem zuständigen Leiter der Budget - und Bauabteilung „heftigst gewünscht und vorangetrieben“, gelten doch die bestehenden Räumlichkeiten des Landesgerichts als nicht mehr zeitgemäß. Für die Stadt Leoben ergeben sich durch dieses internationale Herzeigeprojekt einzigartige Entwicklungsmöglichkeiten

Die Planungen für das „Justizzentrum - neu“ sind abgeschlossen, es gibt eine Finanzierungszusage von seitens des Finanzministers und einen mehrheitlichen Beschluß des Leobener Gemeinderates zur Standortfrage. Bis vor kurzem galt es als fix, dass das neue Justizzentrum auf den sogenannten „Jeglitsch - Gründen“ gebaut wird. Auch der Termin für den Spatenstich stand bereits fest, nämlich Herbst 2002.

Nach einem vor kurzem stattgefundenen Besuch von Bundesminister Böhmdorfer in Leoben scheint nun plötzlich alles anders zu sein. Aufgrund von Interventionen durch Vertreter der Leobener Freiheitlichen und von FP - NRAbg. Udo Grollitsch plant der Justizminister die Standortfrage offensichtlich neu zu diskutieren, sämtliche Pläne werden über Bord geworfen und Millionen an Planungskosten lösen sich in Luft auf. Es droht eine Verzögerung des Projektes um Jahre.

Begründet scheinen diese Interventionen durch die offensichtliche Vermengung von politischen und persönlichen Interessen auf der Seite einiger FP - Mandatäre, wohnen sie doch in der Nähe des künftigen Justizzentrums und zweifeln offenbar aus unerfindlichen Gründen an dessen Sicherheit.

Deshalb stellen die unterzeichneten Abgeordneten an den Bundesminister für Justiz nachstehende

**Anfrage:**

1. Stehen sie nachwievor zu den, vor ihrem Leoben - Besuch, von seitens ihres Ministeriums getätigten Zusagen betreffend Neubau eines Justizzentrums Leoben und zu dem dafür vorgesehenen Standort?
2. Bleibt es bei Art und Umfang des Justizzentrums, bei dem vorgesehenen Standort und dem geplanten Baubeginn?
3. Wenn nein, welche Gründe gibt es für eine von ihnen angestoßene Neudiskussion des Projektes, etwa der Standortfrage?
4. Kennen sie den diesbezüglichen Gemeinderatsbeschluß der Stadt Leoben, und welche Schlüsse ziehen sie für sich daraus?
5. Um wie viele Jahre würde durch neue Planungen und Verhandlungen der Baubeginn hinausgezögert werden?
6. Ist ihnen bewußt, dass durch eine Verzögerung beim Bau des Justizzentrums der Stadt Leoben wichtige Entwicklungsmöglichkeiten genommen werden, so schwerer wirtschaftlicher Schaden für die gesamte Region droht und auch die Frage des richtigen Standortes von großer Bedeutung ist?
7. Wenn ja, was leiten sie daraus für sich ab?
8. Ergibt sich aus der neu aufgerollten Standortdiskussion auch eine Gefährdung des Projektes an sich oder auch gewisser Teilbereiche?
9. Wenn ja, welche Gefährdung gibt es, welche Änderungen am Projekt sind geplant?
10. Haben sie Kenntnis von einem Alternativprojekt des FP - Nationalratsabgeordneten Udo Grollitsch?
11. Wie bewerten sie diesen Alternativvorschlag, vor allem auch im Lichte der durchwegs ablehnenden Stimmen gegenüber diesem Vorschlag, nicht zuletzt auch durch den Präsidenten des Landesgerichts Leoben, Peter Ferstl.
12. Wie beurteilen sie die Sicherheitsbedenken einiger Leobener FP - Mandatäre?
13. Gibt es irgendwelche Gründe für eine Verunsicherung der Anrainer des zukünftigen Justizzentrums?
14. Erscheinen Sicherheitsbedenken nicht auch deshalb völlig unbegründet zu sein, da im Justizzentrum - Neu keine vollwertige Strafanstalt untergebracht werden wird, sondern nur eine Anstalt für U - Häftlinge und für Täter mit Freiheitsstrafen bis zu einem Jahr?

15. Ist hier nicht eine Vermischung persönlicher und politischer Interessen offensichtlich?
16. Wie hoch sind die bisher anfallenden Planungskosten und wie bewerten sie angesichts von Sparpaketen der Bundesregierung den Umstand, dass man diese nun anscheinend in den Wind schreiben kann?